

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Wolfgang Seidl, Veronika Matiasek und Maximilian Krauss betreffend „Grüner Pass - Kritik an Datenverknüpfung“, eingebracht in der Gemeinderatssitzung am 27. Mai 2021 zu Post 21

Die vom Gesundheitsministerium in Begutachtung geschickte Novelle des Epidemie- und des Covid-19-Maßnahmengesetzes, mit der der „Grüne Pass“ umgesetzt werden soll, lässt nicht nur bei Datenschützern die Alarmglocken schrillen. Die vorliegende Novelle gleicht einem Datenschutz-Super-GAU, um nicht von einem Datenschutzdesaster zu sprechen. Die Datensammlung, die beinahe die gesamte österreichische Bevölkerung umfasst, wird nicht nur Impfeinträge oder Erkrankungen beinhalten sondern soll neben aktuellen auch historische Daten über das Erwerbsleben, das Einkommen, etwaige Arbeitslosigkeit, den Bildungsweg, Reha-Aufenthalte und Krankenstände einer Person enthalten.

Kaum ein Lebensbereich würde ausgespart bleiben und nicht durchleuchtet sein.

„Angesichts der Datenfülle sei die vorgesehene Pseudonymisierung „gänzlich wirkungslos, da Menschen anhand der Kombination der Merkmale in dieser Datenbank eindeutig identifizierbar werden“. (<https://orf.at/stories/3213627/>)

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

Der Gemeinderat spricht sich aufgrund der nicht anonymisierten aber kompletten Datenüberwachung gegen den derzeitigen Entwurf der Novelle des Epidemie- und des Covid-19-Maßnahmengesetzes, mit der der „Grüne Pass“ umgesetzt werden soll, aus.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages beantragt.